

## Die Begründung des Reichsbahngerichtsurteils zur Eisenbahnvertragsabklärung.

Die „Sächsische Industrie“, das Organ des Verbandes sächsischer Industrieller, behält sich, nachdem in der vorherigen Nummer bereits die Bedeutung der Erhöhung der Eisenbahn tarife als solche erörtert worden ist, in ihrer neuesten Nummer mit dem Inhalt der von dem Reichsbahngericht für seine Entscheidung angeführten und führernden Begründung und identisch hierzu zusammenfassend folgendes:

„Es kann deshalb von diesem Urteil gesagt werden, daß es bei den Rechtsstreitigkeiten zwar infolge Bekämpfung verorruert wurde, als es die Lage der Bahn noch viel ungünstiger erschien, wie dies von der Bahn selbst geschehen ist, und als es darauf hinweist, daß die Bahn eigentlich schon im Jahre 1927 die Frist gesetzt hätte, eine Tariferhöhung zu fordern. Als erstaunlich kann an dem Urteil festgestellt werden, daß es

1. die Erhöhung als eine einmalige festgesetzt hat, die auch dann nicht wiederholt werden darf, wenn der Betrag hinter der angenommenen Summe zurückbleibt, daß es
2. der Bahn die Verpflichtung auferlegt, in ihrer Betriebswirtschaft und ihrer Gewerbe wirtschaft eine sorgfältig erwogene Sicherheit und Stabilität und eine klare Finanzierbarkeit abzuwenden zu lassen, daß es
3. vom Reich fordert, der Reichsbahn zu den laufenden Mitteln zu verhelfen, die die Bahn zum technischen Ausbau ihres Unternehmens braucht und die sie unmöglich aus laufenden Mitteln, auch nicht aus dem Verkauf von Vorzugskästen allein sich beschaffen kann, und daß es
4. ausdrücklich feststellt, daß eine Einnahme-Erhöhung durch Tariferhöhung nur dann im Sinne der Reichsbahnträge Zweck hat, wenn sie nicht eine neue Bewegung auf Arbeitsmarktführung oder Lohn- und Gehälter-Erhöhung bei der Reichsbahn oder ihren Lieferanten auslöst.

Die Situation ist nach diesem Gerichtsurteil gefährdet. Die Zukunft der Bahn hängt nun davon ab, welche Konsequenzen die Stellen, die es angebt, aus diesen Klärstellungen des Reichsbahngerichts ziehen. Wir wollen hoffen, daß die Urteilsbedeutung des Reichsbahngerichts allen machbaren Stellen als ein sehr ernst zu nehmendes Warnzeichen vor Augen schweben wird und daß sie an durchgreifenden Maßnahmen nach entschließen. Gleichzeitig dies nicht, dann muß man nach Kenntnisnahme von dieser Urteilsbedeutung noch mehr als dies bisher der Fall war, die Lage der Bahn und damit das, was die Vertreter in tatsächlicher Sicht von der Bahn zu erwarten haben, mit allergrößter Sorge betrachten.“

## Dr. Seipel über die Anschlußfrage.

**K**ÖLN. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte dem Genfer Vertreter der königlichen Wirtschaftsleitung über die Anschlußfrage: „In einer Auflösung der Anschlußfrage zur Unzeit, an eine Durchsetzung einer Revision der Friedensverträge in irgendeinem Punkte mit Gewaltmaßnahmen denkt niemand in Deutschland und Österreich; wenn aber jemand in einem Land vom Anschluß Österreichs an das Reich spricht, so steht er damit durchaus auf dem Boden der Friedensverträge, die den Weg gezeigt haben, wie irgendeinmal, wenn der Friede Europas dadurch nicht mehr gefährdet zu werden braucht, der Anschluß gemacht werden kann. Deswegen sind die Regierungen gar nicht in der Lage, den Angehörigen verschiedener politischer Parteien das Recht vom Anschluß zu verbieten. Noch weniger sind sie selbstverständlich in der Lage, für irgend eine andere Leistung den Anschlußcharakter der Friedensverträge aufzugeben. Für den Augenblick sehe ich allerdings viele aktuelle Fragen der Innen- und Außenpolitik vor uns, auf denen die Lösung alle Kräfte konzentriert werden müssen. Wenn einmal der Augenblick gekommen sein wird, in dem uns keine aktuellen Lagefragen mehr abhalten, den Platz in der Welt zu begießen, der uns dauernd zusammen soll, dann werden wir läufig und bereit sein, unsere Entscheidungen in voller Unabhängigkeit zu treffen.“

## Zugang des Landbundvorstands.

**K**ÖLN. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hielt gestern eine Sitzung ab, in der er sich vor allem mit der ungünstigen Preisentwicklung an den deutschen Getreidebörsen und Viehmarkten beschäftigte. Der Bundesvorstand sieht eine Drosselung der Getreideeltern durch die Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für notwendig. Der Bundesvorstand betrachtet sich dann mit den deutsch-polnischen Handelsvertragshandlungen und erinnert an die Forderungen des früheren Reichskabinetts, nicht aber in wirtschaftlichen Verhandlungen einzutreten, bevor nicht die Lösung der Frage des Niedriglohnrechts und der Grenzangrenzerordnung im deutschen Sinne geklärt ist. Dem polnischen Bestreben, eventuell zu einem Abschluß eines modus vivendi oder eines Teilabkommen zu gelangen, ist energisch entgegenzutreten, da alle bisherigen Erfahrungen lehren, daß der Abschluß von Handelsprovisorien nur die Gesamtlage verschärft.

## Reichstagung für Kindergottesdienst.

**W**ILNA (Lit.). Unter hoher Beteiligung hielt der Reichsverband für Kindergottesdienst und Sonntagschulen in Wilna eine diesjährige Tagung ab. Auf dem Begrüßungsabend berichteten zehn Vertreter verschiedener Landessverbände. Die Tagung wurde durch Präses Dr. Lasson-Vilnius eröffnet und von Bundesoberbürgermeister Heisendorf und Oberbürgermeister Dr. Janzon begrüßt. Walter Baudischweid-Waldenburg behandelte die Frage: „Wie gewinnen wir die Kinder durch den Kindergottesdienst für die Gemeinde?“ Hauptpastor Deuter-Lübeck sprach über „Gutber und die Kinder“ und zog Verbindungslinien von Gutbers pädagogischen Gedanken zum Kindergottesdienst von heute. Universitätsprofessor Dr. Opiparioff-Rostow führte aus, wie die deutigen pädagogischen Strömungen bestreitend auf den Kindergottesdienst wirkten könnten, wie aber auch die Pädagogik wertvolle Anregungen von dieser Arbeit empfangen könne. Die Tagung schloß ab mit einer eindrucksvollen Feier im Marienburg.

## Untersuchung der Katastrophe von Wonga.

**K**ÖLN. Zur Feststellung der Ursache des Unglücks auf der Straßenbahn von Wonga hat heute der Staatsanwalt den Menschenrechtler Gorst darüber verhört, ob er von der Maschine des vergangenen Jahres Material angefahren worden sei. Gorst heißt, daß er nichts Berichtigtes bemerkte habe. Der Sachmann und Rennfahrer

## Die 52. Tagung des Völkerbundsrats.

**G**ENF. 12. September. Der Völkerbundsrat ist heute nachmittag in seiner neuen Zusammensetzung zur Eröffnungssitzung seiner 52. Tagung zusammengetreten. Deutsches Wort war durch Reichskanzler Hermann Müller am Ratschluß vertreten, Spanien durch Quintones de Leon, Botschafter in Paris, der bekanntlich bis zum Auscheiden Spaniens aus dem Völkerbund ununterbrochen als spanischer Delegierter im Völkerbundsrat mitgewirkt hat. Die beiden anderen neu gewählten Nachstaaten Venezuela und Peru, sind durch den katalanischen Gesandten Venezuela, Zamora, sowie durch den peruanischen Gesandten in Angora, Torquati, vertreten.

Nach einer kurzen nichtöffentlichen Sitzung, in der Freiland den bisherigen Präsidenten Procope bat, auch für die neue Tagung den Vorsitz weiter zu führen, behandelte der Rat in öffentlicher Sitzung eine Anzahl von Rückfragen und genehmigte ohne Aussprache die hierzu vorgelegten Berichte. Neben den Antrag der Weltunion der Katholischen Frauenvereinigungen, in dem Völkerbundsausschuß für Förderung einer Vertretung zu erhalten, entstand eine kurze Debatte, die ergebnislos verlief, so daß über den Antrag erst in einer späteren Sitzung entschieden werden kann.

Zum Berichtssteller über den polnisch-slowakischen Streit wurde als Nachfolger des ausgeschiedenen slowakischen Ministers des Innern, Beclacis von Blatnay, der neue polnische Staatsminister ernannt. Uniones de Leon, der den Auftrag dankend angenommen hat, soll dem Völkerbundsrat in seiner Winteression einen neuen Bericht über die bis dahin erzielte Entwicklung der direkten polnisch-slowakischen Verhandlungen erstellen.

### Rede Graf Bernstorffs im Abrüstungsausschuß.

**G**ENF. 12. September. Im Abrüstungsausschuß der Völkerbundskonferenz wurde heute nachmittag die allgemeine Aussprache über das Abrüstungsproblem fortgesetzt. Der ungarische Vertreter, Graf Apponyi, bezeichnete es als unmöglich, daß in einem abgerüttelten Land wie Ungarn, das überwiegend von stark gerüttelten Nachbarn umgeben ist, das Gefühl des Vertrauens sich entstehen und festigen könne. Die Nachbarstaaten Ungarns verfügen, so erklärte der Redner, zusammen über 3000 Geschütze und eine halbe Million Soldaten. Nachdem in Westeuropa ein Fortschritt in der Frage der Sicherheit erzielt worden sei, müsse nunmehr auch im östlichen Mitteleuropa die nötige Sicherheit geschaffen werden. Eine Entwicklung in diesem Sinne sei für das Verhältnis Ungarns zu seinen Nachbarstaaten von ganz besonderer Bedeutung. Apponyi bedauerte, daß Ungarn zu den Arbeiten im vorbereitenden Abrüstungsausschuß nicht zugezogen wurde, während seine Nachbarstaaten darin vertreten seien. Den Abschluß von Sicherheitsverträgen möchte Graf Apponyi davon abhängen, daß zunächst in Bezug auf Ungarn die Konfliktmöglichkeiten untersucht werden. Zur Entwicklung einer Atmosphäre der Sicherheit, an der Ungarn ganz besonders interessiert sei, werde sein Land demnächst die Praktikatio-Klausel des Haager Statuts über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit mit dem einzigen Vorbehalt der Gegenseitigkeit unterschreiben. Er hoffe, daß die Nachbarstaaten Ungarns diesem Beispiel folgen werden.

Graf Bernstorff als nächster Redner unterstrich das große Interesse Deutschlands an der Frage, ob dem vorbereitenden Abrüstungsausschuß und dem Sonderausschuß zur Ausarbeitung einer Konvention über die Kontrolle der Rüstungsindustrie nunmehr bindende und entscheidende Anweisungen gegeben werden. Da der Kanzler in der Bundesversammlung ausführlich über die Abrüstungsfrage gesprochen habe, wolle er sich auf die Feststellung beschränken, daß das vom Kanzler entwickelte Programm mit dem der vorhergegangenen Regierungen und mit dem von ihm selbst im vorbereitenden Abrüstungsausschuß vertretenen übereinstimme. Seit seinem Eintritt in den Völkerbund verfolge Deutschland in der Abrüstungsfrage das gleiche Programm, und das deutsche Volk habe einmütig hinter ihm. Deutschland habe niemals unerfüllbare Forderungen gestellt, sondern sich bei einer etappenweisen Lösung einverstanden erklärt. Unter Hinweis auf die Abrüstungsentschließungen der beiden letzten Bundesversammlungen betonte Graf Bernstorff, daß die erste Etappe in einer sühnlichen Herausbildung der Rüstungen aller Waffengattungen und in der Offenlegung des gesamten Rüstungsstandes der einzelnen Völker bestehen müsse. Nach Beendigung des Abstages der Regierungserklärung über die Abrüstungsfrage gab Graf Bernstorff schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr in Bezug auf die Beschleunigung der technischen Arbeiten zur Vorbereitung der ersten internationalen Ab-

rüstungskonferenz Klarheit geschaffen werde. Falls im Verlauf der gegenwärtigen Beratungen dem Vorbereitenden Abrüstungsausschuß keine bindenden Anträge gegeben würden, so werde er auf die in der Regierungserklärung enthaltene Forderung zurückkommen und wahrscheinlich weitere Anträge stellen.“

### Die Aussprache über die Abrüstungsfragen.

**G**ENF. Im weiteren Verlauf der allgemeinen Aussprache über das Abrüstungsproblem im dritten Versammlungsausschuß gaben Venezia und Polens Erklärungen über den Zusammenhang zwischen dem vom Sicherheitskomitee vorgeschlagenen regionalen Sicherheitspakt und der Verwirklichung der Abrüstung selbst. Diese Erklärung veranlaßte Staatssekretär a. D. von Simson zur Wiederholung der grundlegenden Erklärungen über den deutschen Standpunkt, wonach der durch den Völkerbundspakt gegebene Grad der Sicherheit für die Herabsetzung der Rüstungen ausreichend ist. Die Sicherheit könne freilich durch verschiedene Mittel erhöht werden, insbesondere durch den Abschluß von Gewerbeverträgen. Regionale Sicherheitsvereinbarungen aber können nur in einer politischen Atmosphäre abgeschlossen werden, die nicht überall gegeben sei.

Guerrero (El Salvador) riefte einen dringenden Appell zur Überwindung der in der Frage der Kontrolle der Rüstungsindustrie bestehenden Meinungsverschiedenheiten an den Ausschuß und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in dieser Tagung ein einheitlicher Konventionsentwurf über diese Frage vorgelegt werden könne.

Paul Boncote lehnte sich in längeren Ausführungen für eine möglichst baldige Einberufung der nächsten Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses ein, während Lord Eusthenden erklärte, er sei in dieser Hinsicht mit dem Vertreter Frankreichs nicht ganz einverstanden. Durch die vorzeitige Festlegung einzelner Tagungen dieses Ausschusses habe man wiederholt Enttäuschungen hervorgerufen; es sei deshalb vorzusezieren, den Zeitpunkt der nächsten Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses dem Vorsitzenden Loudon zu überlassen. Unter Betonung der Schwierigkeiten, die einer raschen und sofortigen Verwirklichung der Herabsetzung der Rüstungen entgegenstehen, bezeichnete er die bis jetzt erreichten Ergebnisse des vorbereitenden Abrüstungsausschusses in einer Reihe von Einzelstagen als beachtlich. In der Flottenabrechnung liege immer noch die Hauptschwierigkeit. Was das englisch-französische Flottenkompromiß betrifft, so werde man es dem vorbereitenden Abrüstungsausschuß unterbreiten müssen. Das Kompromiß müsse natürlich allen anderen Interessen unterstehen. Aber unglücklicherweise seien den beiden Parteien Mittelungen angezogen, daß das Kompromiß einigen anderen Parteien äußerst unerwünscht sei. Lord Eusthenden warnte vor der vorzeitigen Festlegung eines Datums für die nächste Tagung, da unter Umständen die Verhältnisse bis dahin für eine volle Verständigung nicht reif sein könnten. Ledermann wisse, daß die Abrüstungsfrage auch von innenpolitischen Entwicklungen abhängt, wie z. B. von den in einigen Ländern bevorstehenden Wahlen. Lord Eusthenden wünschte deshalb, daß die Festlegung des Datums dem Präsidenten überlassen bleibe und erklärte, daß es auf keinen Fall Sache des Abrüstungsausschusses der Versammlung sein könnte, dieses Datum festzulegen.

Nachdem der italienische Delegierte de Martini, wie vor ihm Saïs (Japan), vor überkürzten Maßnahmen zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz gewarnt hatte, wurde die allgemeine Aussprache geschlossen.

### Eine Saarabordnung beim Reichskanzler.

**G**ENF. (Tel.) Reichskanzler Müller empfing am Mittwoch in Begleitung der Staatssekretäre v. Schubert und v. Blücher eine Abordnung verschiedener politischer Parteien des Saargebietes und nahm ihre Darlegungen über die gegenwärtigen Verhältnisse im Saargebiet sowie ihre Wünsche zu einigen Fragen entgegen. In der Saarfrage konnte der Reichskanzler gegenüber den im Saargebiet umlaufenden Berichten über die Bereitswilligkeit der Reichsregierung, das Saargeld-Gebiet gegen bestimmte Kompenstationen abtreten, mit aller Entschiedenheit feststellen, daß diesen Gründen jegliche Grundlage fehle und die Reichsregierung selbstverständlich nie daran gedacht habe und nicht daran denke, jemals derartige Pläne in Gewöhnung zu ziehen. Die übrigen Fragen, die den Gegenstand der Aussprache bildeten, lagen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Der Reichskanzler legte wohlwollende Bericht der hierzu vorgebrachten Wünsche zu. (Anmerk. der Red.) Der Warndt ist der westlich von Hochbach liegende an Lothringen grenzende Ort des Saargebietes.

Wongia ist nach einer Meldung des „Giornale d'Italia“ der Ansicht, daß der tragische Unfall in Wonga nicht durch den Stoß des Wagons Materassi gegen den Toretti erfolgt sei, sondern durch ein Stockenbleiben der Räder infolge eines plötzlichen Einschlages der Bremse; Wongia schlägt aber auch nicht aus, daß Materassi infolge eines plötzlichen Unwohlseins die Kontrolle über seine Maschine verloren hat.

### Die Tagung der technischen Oberbeamten.

**D**RESDEN. Die Tagung der Vereinigung der technischen Oberbeamten deutscher Städte, die vor 25 Jahren auf Anregung des damaligen Stadtbaurats Rietze in Dresden gegründet wurde, fand gestern vormittag ihre Fortsetzung mit der Hauptversammlung im Ausstellungspalast. In drei Hochvorträgen wurden die für den technischen Beamten so wichtigen Fragen der Verwaltungstechnik und die verschiedenen Seiten dieses Problems erörtert und zur Diskussion gestellt.

Der Verbandsdirektor des Aufbaudienstesverbandes Dr. Schmidt-Oesen kennzeichnete den Zweck der Vereinigung, die heute ihre Jubiläumstagung wieder in Dresden abhält, dahin, die technischen Probleme und Aufgaben der Stadtbauverwaltungen im Kreise der leitenden Sachverständigen, der Stadtbauräte, regelmäßig beraten und verfolgen zu lassen. Das Verband hält eine wertvolle Ergänzung des Städtefestes nach der technischen Seite hin.

Dr. Schmidt behandelte sodann eingehend das Thema „Der Techniker und die Nationalisierung der Gemeindeverwaltungen“. Er verlangte eine klar gegliederte überörtliche Bauverwaltung. In großen Städten empfiehlt es, die Projektierung zu zentralisieren, die Ausführung aber zu dezentralisieren. Einem Street amischen Juristen und Techniken gebe es nicht, sondern höchstens einen sozialen zwischen unzähligen Eingebildeten und törichten Gebildeten; dieser Kampf werde seit zu Gunsten des törichten auslaufen. Der Techniker, der organisierte und

nationalisierten wolle, müsse Verbrennungsfeuer bilden. Allein der Zusammenschluß der Techniker werde ihnen die erforderliche und notwendige Führungskraft in Verwaltung und Wirtschaft liefern.

Auch der nächste Referent, Stadtbaurat Dr. Seelke, verlangte die führende Entwicklung der Techniker bei den Fragen der Verwaltungstechnik. Die Entwicklung gebe dabei, daß ähnlich wie bei Kolperrenbauten, Energie- und Wasserversorgung auch bei einer Reihe anderer städtebaulicher Planungen beobachtet werden müßten, nämlich die Zusammenfassung von Gemeinden, Staatsbehörden und Gewerben zu Zweckverbänden und gemeinsamer Aufgaben. Diese Zusammenfassung in wirtschaftlich einheitliche Gebiete, die sogenannten Wirtschaftsprovinzen, sei eine immer dringendere Aufgabe, die zum Teil eine Verschiebung der Zuständigkeiten zwischen Staat und Gemeinden mit sich bringt. So weit bei diesen Zweckverbänden nicht Gemeinde- sondern auch Landsgrenzen überbrückt werden müßten, näherten sich diese Gebietsengänge den wichtigsten Problemen der sogenannten großen Verwaltungstechnik.

Als letzter Redner kritisierte Stadtbaurat Mittelstädt die bürokratische Behandlung technischer Aufgaben in den Stadtbauverwaltungen, eine Folge des Fernhaltens der Techniker aus leitenden Stellungen. Die Leistungsfähigkeit des technischen Beamter müsse durch Verminderung des Aufwandes und Ausschaltung mechanischer Arbeitsteile gesteigert werden. Der Redner machte eine Reihe von Vorschlägen in dieser Richtung und verlangte zum Schlusse eine geistige Umkehrung der Verwaltung darin, daß diese für das Publikum und nicht umgedreht das Publikum für die Verwaltung da sei.

An die mit fortem Beifall aufzunehmenden Vorträge schloß sich eine längere Aussprache.